

Herrn Bürgermeister  
Franz Dobusch  
Altes Rathaus, Linz

Anfrage an Herrn Bürgermeister Franz Dobusch gem § 12 Abs 2 StL 1992 betreffend:

**Politische Zensur der städtischen Internetseite „www.linz.at“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

seit Jahren bestand auf der Internetseite der Stadt Linz für die Mitglieder des Stadtsenats die Möglichkeit, ihre politischen Ziele und Vorstellungen kurz darzustellen. Als Informationsquelle für Besucher der Internetseite hat sich diese Gepflogenheit – die auch für Regierungsmitglieder auf anderen politischen Ebenen gilt – gut bewährt.

Nach der Gemeinderatswahl am 27.09.2009, wodurch die Zusammensetzung des Stadtsenats verändert wurde, war mit dieser Gepflogenheit plötzlich Schluss. „Angebliche Proteste von Bürgern“ bzw. „Beschwerden“ hätten Sie (lt. Berichten der Kronen Zeitung sowie der OÖ. Nachrichten vom Dezember 2009) dazu veranlasst, mit der langjährigen Praxis zu brechen: Ohne vorherige oder nachträgliche Rücksprache mit betroffenen Stadtsenatsmitgliedern wurden die veröffentlichten Inhalte einfach entfernt. Von den angeblichen „Bürgerprotesten“ habe zumindest ich als „Zensurierter“ nichts mitbekommen.

In einer kurzen Nachricht an die Mitglieder des Stadtsenats heißt es dazu nur: „Wir informieren Sie darüber, dass auf der städtischen Webseite eine Änderung bei der Vorstellung der einzelnen Stadtsenats-Mitglieder vorgenommen wurde. Ab sofort beschränken sich die Informationen auf Werdegang und Funktionen. Ziel dieser Änderung ist eine klare Trennung von Kommunalem und Parteipolitischem.“

Diesbezüglich ersuche ich Sie um Beantwortung folgender Anfrage:

- 1. Seit wann bestand für die Mitglieder des Stadtsenats die Möglichkeit, ihre politischen Ziele und Vorstellungen auf der Internetseite der Stadt Linz zu präsentieren?**
- 2. Sie haben die Beiträge der Stadtsenatsmitglieder laut Medienberichten aufgrund von „Bürgerprotesten“ von der Internetseite entfernen lassen.**
  - a) Wie viele „Bürgerproteste“ hat es in dieser Angelegenheit genau gegeben?**
  - b) Wie viele „Bürgerproteste“ über bestimmte Inhalte der Internetseite der Stadt Linz sind nötig, um eine Änderung (Entfernung) dieser Inhalte zu bewirken?**
  - c) Werden Sie für den Fall zumindest gleich vieler „Bürgerproteste“ über andere Veröffentlichungen auch diese von der Internetseite entfernen lassen?****Wenn nein: Warum nicht?**

- 3. Warum wurden die betroffenen Stadtsenatsmitglieder nicht über die „Bürgerproteste“ informiert, die in weiterer Folge zur Entfernung der Inhalte geführt haben?**
- 4. Warum wurden die betroffenen Stadtsenatsmitglieder nicht vorab von der geplanten Änderung in Kenntnis gesetzt und somit vor vollendete Tatsachen gestellt?**
- 5. Wie können Sie die Zensur von politischen Zielen und Vorstellungen, die tausende Linzerinnen und Linzer ausdrücklich unterstützen und die somit demokratisch legitimiert sind, mit demokratiepolitischen Grundsätzen vereinbaren?**

Linz, am 12.01.2010

StR Detlef Wimmer